

## Visionen treffen auf Wirklichkeit – eine kontroverse programmatische Frage!

Oberbürgermeister, Bürgermeister, Dezernenten, politische unterwegs auf dem Ticket der LINKEN - müssen tagtäglich politisches Alltagsgeschäft bewältigen – und das mit dem Anspruch, linke Politik zu befördern. Das ist nicht immer ein vergnügungssteuerpflichtiger Vorgang. Visionen treffen auf Wirklichkeit, auf Widersprüche, auf Risiken, auf unfreundliche Gelingensbedingungen, auf politischen Gegenwind. Woran kann man hierbei den Erfolg messen? Wo liegen die Grenzen dessen, was für linke Politik noch zulässig ist? Wann sollte DIE LINKE aus- und wann sollte sie einsteigen in politische Verantwortung? Mit anderen Worten: welches sind die politischen Haltelinien? Welchen Platz sollten diese Fragen in einem neuen Grundsatzprogramm haben?

Diese Fragen schlagen immer wieder hohe Wellen in der programmatischen Debatte um ein neues Grundsatzprogramm. Zu recht, denn sie berühren grundsätzliche Fragen des Politikverständnisses. Ist es doch vor allem die Politik der GRÜNEN und der SPD in ihrer Regierungszeit, die eine tiefe Kluft zwischen Programmatik und praktischer Politik offenbart haben. Die Angst, in ebensolche Schief lagen zu geraten ist nur allzu verständlich und gehört genau genommen in programmatische Debatten der Linken überhaupt.

Der Entwurf für ein Grundsatzprogramm unternimmt den Versuch, diesen Gefährdungen mit „Haltelinien“ vorzubeugen: DIE LINKE *„wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt. Darüber hinaus wird sich DIE LINKE auf Bundesebene nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehrt im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt. Notwendige Bedingungen sind weiterhin die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns und der Kampf gegen Lohndumping und untertarifliche Bezahlung.“* (aus dem Entwurf)

Solche Haltelinien vermitteln zunächst Sicherheit und Verlässlichkeit. Nach den Enttäuschungen – insbesondere – hinsichtlich der Politik der SPD nur zu verständlich. Aber können sie diesen Anspruch auch erfüllen? Ein alter Benediktinermönch formulierte einst: „Wo wir sind, nicht wo wir sein möchten, ist der Ort, an dem wir anfangen müssen.“ Eigentlich eine Binsenweisheit, allerdings eine mit Konsequenzen. Die vorgefundenen – und meist nicht selbst verursachten - Rahmenbedingungen, auf die auch linke Politik trifft, wenn sie beginnt im Hier und Jetzt zu gestalten, sind nicht immer diejenigen, die unsere Visionen geradezu befördern. Sie produzieren heftigen Gegenwind und vor allem Widersprüchlichkeiten. Dazu gehören z.B. bereits ausgehöhlte öffentliche Kassen, dazu gehört eine verschobene Bevölkerungspyramide oder gar die Skepsis der Bevölkerung gegenüber unseren grundlegenden Reformansprüchen – und zwar auch dann, wenn die Wahlergebnisse durchaus anderes suggerieren. Wir können nicht warten, bis sich diese Rahmenbedingungen so verbessert haben, dass unsere Visionen geradezu passfähig und willkommen sind. Die Politik in den Ländern kann nicht erst dann beginnen, wenn auf Bundesebene unsere steuerpolitischen Vorstellungen umgesetzt sind und auch noch das gewünscht Ergebnis bringen. Also heißt das: Politik ist immer Politik unter gegebenen Umständen, auch unter misslichen. So stellen sich die Fragen vor Ort dann ganz konkret: Wollen wir eine Schulreform umsetzen – die gewiss nicht ohne finanziellen Mehraufwand möglich ist – auch wenn wir an anderer Stelle dafür Kürzungen tolerieren müssen? Ist es zulässig einen bisher kostenfreien Landesfamilienpass nunmehr an besser verdienende Familien zu einem mäßigen Preis zu verkaufen um ihn dafür Familien in Not kostenfrei zur Verfügung zu stellen? Wo beginnt Sozialabbau? Politik im Hier und Heute heißt, Schwerpunkte zu setzen. Aber Schwerpunkte sind keine Schwerpunkte, wenn sie nicht auch Leichtpunkte zur Folge hätten: Forderungen auf die wir verzichten müssen, Einsparungen, die auch wir tolerieren müssen, Schadensbegrenzung, die auch unser tägliches politisches Brot ist – und sein muss. Anders ist Politik nicht zu haben, als durch Umbau bei laufendem Betrieb – mit Risiken und Nebenwirkungen, vorhersehbaren und nicht vorhersehbaren. Haltelinien werden uns aus diesen Spannungen nicht erlösen. Im Gegenteil: Sie vermitteln den trügerischen Eindruck, als wäre Politik mit einfachen Kriterien messbar. Nein, das ist sie nicht. Das einzige Mittel, was da hilft, ist die demokratische Auseinandersetzung - vor Ort, innerhalb und außerhalb der Partei, hart in der Sache und solidarisch im Miteinander. Basisorganisationen, Landesparteitage, Gremien und Plattformen sind aufgerufen,

sich daran jeweils konkret zu beteiligen und letztlich zu entscheiden. Die kritische Begleitung von politischer Verantwortung in ganz praktischer Politik – und zwar in Opposition und Regierung gleichermaßen - ist keine statische Frage von Haltelinien – vergleichbar einem gut hörbar einrastenden Kippschalter - . Es ist und bleibt ein dauernder Prozess, der uns immer wieder auf´s neue Argumente, Wertungen und Auseinandersetzungen abfordern muss.